



Die
Landtagswahlen
in Brandenburg,
Sachsen, Thüringen
September 2024



DAS MAGAZIN

Ausgabe 6 August 2024

Unser Schwerpunktthema: Landtagswahlen in drei Bundesländern

INHALT DES MAGAZINS

Auf ein Wort	Seite 3
Landtagswahlen in Brandenburg Interview mit Dr. Antje Töpfer, Spitzenkandidatin	Seiten 4 - 7
Landtagswahlen in Thüringen	Seiten 8 - 11
Landtagswahl: Dafür stehen wir GRÜNEN in Sachsen	Seiten 12 - 15
Panorama - SACHSEN - Die ALTEN GRÜNEN... in Sachsen	Seite 16
Panorama - SAARLAND - Graue GRÜNE Alte im Saarland	Seite 17
Hitzeschutzpläne für alle Kommunen	Seiten 18 - 19
1. Diversitätsrat vom 19.- 20.4. in Berlin	Seiten 20 - 21
Auftaktveranstaltung zum Deutschen Seniorentag 2025	Seiten 22 - 23

Der Vorstand gemeinsam ist zu erreichen unter: vorstand@gruenealte.de
Christa Markl-Vieto, Sprecherin und Vorsitzende: christa.markl-vieto@gruenealte.de
Dirk Schmidtman, Sprecher und Vorsitzender: dirk.schmidtman@gruenealte.de
Detlef Meyer zu Heringdorf, Schatzmeister: detlef.meyer.zu.heringdorf@gruenealte.de
Christa Möller-Metzger, Beisitzerin: christa.moeller@gruenealte.de
Anita Hoffmann, Beisitzerin: anita.hoffmann@gruenealte.de
Annelie Katt, Beisitzerin: annelie.katt@gruenealte.de

Impressum:

Herausgeber: (V.i.S.d.P.) GRÜNE ALTE 2024
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin Geschäftsführender Vorstand: Sprecher*innen
Christa Markl-Vieto, Dirk Schmidtman
Schatzmeister: Detlef Meyer zu Heringdorf
Beisitzer*innen: Anita Hoffmann, Annelie Katt, Christa Möller-Metzger, Uwe Petersen

Redaktion des Magazins: Manfred Cuntz, Bernd Hanke, Andrea Jäger, Christa Markl-Vieto,
Detlef Meyer zu Heringdorf, Christa Möller-Metzger, Jürgen Mülders, Uwe Petersen, Frank
Spade - Art Direction / Layout: Andrea Jäger, Bernd Hanke

Fotos: Titelbild Katarzyna Bialasiewicz / iStock S. 3 privat, S. 4 Presse GRÜNE Brandenburg, S. 7
Victoria Aurel, S.8, 11 Presse GRÜNE Thüringen, S. 13, 14 Presse GRÜNE Sachsen, S. 15 Paul Glaser,
S.16 privat, S. 17 GRÜNE Graue Saar, S.18 Andrea Jäger, S.19 katebolgna22 / Pixabay, S. 20 Evelyn Thies,
S.23 Uwe Petersen

Auf ein Wort...

Nach der Wahl ist vor der Wahl – jetzt kein "Weiter so"!

Wir haben wieder einmal eine spannende Zeit hinter uns, die Europawahl und die vorgezogenen Wahlen in Frankreich haben uns auf Trapp gehalten. Frankreich hat es uns gezeigt, die große Mehrheit der Bevölkerung möchte keine rechtsradikale Regierung. Ich bin überzeugt davon, dass das bei uns im Land genauso der Fall ist.

Wir GRÜNE haben bei der Europawahl heftige Verluste hinnehmen müssen und unser Ergebnis von 2019 nicht wieder erreichen können. Wir sind wieder auf unsere Werte aus dem Jahr 2014 zurückgefallen. Das ist sehr enttäuschend, aber es ist definitiv kein Drama. Es gilt jetzt die richtigen Schlüsse aus den Ergebnissen zu ziehen und klug, gut beraten, mit Mut und gestaltungswillig in die Zeit vor der Bundestagswahl zu gehen.

Allerdings nicht weitermachen wie vorher, sondern nach einer gründlichen Analyse und mit einem offenen Auge in Richtung der Herausforderungen, so wie sie die Bürgerinnen und Bürger sehen. Sie erwarten von uns, dass wir uns nicht nur mit unseren „Lieblingsthemen“ beschäftigen, sondern dass wir uns ihnen zuwenden und ihre konkreten Themen aufgreifen, differenziert in der Stadt und auf dem Land. Und vor allem erwarten sie von uns, dass wir mit allen anderen demokratischen Kräften in unserem Land zusammenarbeiten und bündnisfähig bleiben, um gemeinsam ihre Probleme zeitnah und unbürokratisch zu lösen.

Das wird uns alle fordern und es wird uns nicht erspart bleiben, Kompromisse einzugehen mit Entscheidungen, die nicht unserer Idealvorstellung entsprechen. Aber dafür nehmen wir die Bevölkerung mit, dafür nehmen wir den rechtsradikalen Parteien ihren Einfluss in unserem Land. Und dafür lohnt es sich allemal!

Den Rechtsruck verhindern! Darum geht es im September in Brandenburg, in Sachsen und in Thüringen. Wir als GRÜNE ALTE unterstützen die GRÜNEN dort so gut wir können. Helfen wir mit, fragen wir dort an, was sie brauchen, gehen wir vor Ort und reichen wir ihnen unsere Hände und unser Geld.

Ich zitiere hier gerne Alexandra Geese, MdB der GRÜNEN, die folgendes als Reaktion auf die Wahlen in Frankreich veröffentlicht hat. Dabei gefällt mir der Name „Brot- und Butterthemen“ besonders gut.

„Linke und GRÜNE haben im Wahlkampf die drängenden Probleme der Menschen angesprochen: geringe Kaufkraft, niedrige Löhne und Gehälter, soziale Gerechtigkeit. Sie waren auch in den einkommensschwachen Vororten unterwegs, in denen viele Menschen eine Einwanderungsgeschichte haben. Sie repräsentieren selbst Diversität, und sie leisten konkrete Arbeit in Vierteln mit hohem Migrationsanteil. Das hat den Unterschied gemacht. Sie haben mit Brot- und Butterthemen gezeigt, wie man in schwierigen Zeiten den Rechtsruck verhindert.“

Genau das brauchen wir hier auch und so arbeiten wir gemeinsam daran, einen Rechtsruck zu verhindern. Wir wünschen Euch einen angenehmen, schönen Sommer, passt gut auf Euch auf und bleibt gesund.

Eure GRÜNEN ALTEN mit bestem Gruß Christa und Dirk

Sprecher*innen
für den gesamten Vorstand



Dirk Schmidtman



Christa Markl-Vieto

Landtagswahl in Brandenburg

Autoren: GRÜNE Brandenburg

Vieles hat sich in Brandenburg bewegt, weil wir Bündnisgrünen stark im Landtag und der Regierung vertreten sind: Klimaschutz und erneuerbare Energien sind in aller Munde und kommen endlich vorwärts. Unsere Dörfer und Städte profitieren dank Wind- und Solareuro erstmals richtig von diesem Ausbau. Neue Jobs entstehen. Brandenburg ist bundesweit Spitze beim Ausbau des Schienenverkehrs. Wir haben beim Schutz von Wald und Naturräumen große Fortschritte gemacht und sichergestellt, dass es keine neuen Tagebaue mehr geben wird. In einer schweren wirtschaftlichen Krise konnten wir unsere Krankenhäuser sichern und dafür sorgen, dass immer mehr Menschen gute Pflege in ihrem Zuhause erhalten. Dass Grün mitregiert, hat sich für die Menschen im Land gelohnt!



Das Spitzenduo für die Wahl in Brandenburg:

Benjamin Raschke ist seit 2019 Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag und Sprecher für Recht und Tierschutz.

Antje Töpfer ist seit 2022 Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. Sie engagiert sich insbesondere für den Schutz von Verbraucher*innen, Sozial- und Gesundheitspolitik und die Gleichstellung von Frauen.

Raschke: „Wir wollen ein Brandenburg, das die Chancen von mehr Klimaschutz nutzt. In dem alle Menschen vor den Folgen des Klimawandels geschützt sind, egal, wie viel sie verdienen. In dem auch auf dem Land Bus und Bahn fahren und man jederzeit einen Arzttermin bekommt. Für dieses solidarische, weltoffene und klimaneutral Brandenburg werden wir uns mit aller Kraft einsetzen. Und gemeinsam mit den vielen Menschen, die dieser Tage gegen den Rechtsextremismus auf die Straße gehen, werden wir auch im nächsten Landtag entschlossen unsere Demokratie verteidigen.“

„Die GRÜNEN wollen weiterhin gestaltende Kraft für soziale und ökologische Politik sein.“

Interview mit Antje Töpfer, Spitzenkandidatin der Brandenburger Bündnisgrünen bei der Landtagswahl 2024

Antje, am 22. September wählt Brandenburg einen neuen Landtag. Vor welchen Herausforderungen steht das Land aktuell konkret und welche Dinge laufen schon richtig gut?

Brandenburg steht vor mehreren großen Herausforderungen. Eine der bedeutendsten ist die demografische Entwicklung. Bis 2030 wird der Anteil der über 65-Jährigen auf 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ansteigen. Das bedeutet, dass wir mehr ältere Menschen haben werden, die eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege benötigen. Wir haben die Krankenhausstandorte erhalten und Krankenhäuser bei notwendigen Umstrukturierungen begleitet. Unser Pakt für Pflege ist Vorbild für andere Bundesländer: 87 Prozent der Pflegebedürftigen werden in Brandenburg zuhause versorgt. Jährlich fließen 20 Millionen Euro in Maßnahmen vor Ort, um die Gemeinschaft zu stärken und das Pflegesystem zu entlasten.

Mobilität bedeutet Teilhabe! Vor allem in einem Flächenland wie Brandenburg und einer älter werdenden Gesellschaft ist es wichtig, überall Angebote des öffentlichen Nahverkehrs zu haben. Das neue Mobilitätsgesetz geht bereits in die richtige Richtung. Diese Erfolge zeigen, dass Brandenburg auf einem guten Weg ist und sich kontinuierlich weiterentwickelt. Für mich bedeutet eine Mobilitätsgarantie mit regelmäßigen ÖPNV-Verbindungen in allen Regionen in erster Linie Teilhabe all derjenigen, die kein Auto oder Führerschein haben oder aus Altersgründen nicht mehr fahren können. Deshalb ist es für mich wichtig, vor Ort bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln und zu verwirklichen.

Der Kohleausstieg in der Lausitz stellt uns vor eine riesige Aufgabe. Wir müssen den sozial-ökologischen Transformationsprozess gut managen, was viel Unsicherheit auf wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Ebene mit sich bringt. Ein großer Erfolg ist, dass es keine neuen Tagebaue geben wird. Der Strukturwandel in der Lausitz geht voran, Wind- & Solareuro tragen dazu bei, dass Kommunen an den Gewinnen beteiligt sind und die Gelder in Projekte vor Ort investieren können. Die Ansiedlung von Tesla, das neue ICE - Bahnwerk in Cottbus sowie die Gründung der Universitätsmedizin Cottbus stärken die regionale Wirtschaft und sind tolle Erfolge in der Region.

Fast die Hälfte der Fläche Brandenburgs wird landwirtschaftlich genutzt. Mit unserer Ernährungsstrategie haben wir konkrete Maßnahmen festgelegt, um die regionale Land- und Ernährungswirtschaft zu fördern. Für ein nachhaltiges Ernährungssystem vom Acker bis zum Teller mit regionalen Wertschöpfungsketten, müssen wir die kleinen, familiären Betriebe unterstützen und insbesondere fehlende Verarbeitungsstufen aufbauen. Mit den Akteur*innen vor Ort wollen wir dafür zu sorgen, dass gesunde, regionale Lebensmittel im Supermarkt um die Ecke und in der Gemeinschaftspflege landen.

----->
Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

Der Klimawandel trifft Brandenburg besonders hart. Es ist eines der trockensten und niederschlagsärmsten Bundesländer. Nur noch acht Prozent der Bäume sind gesund, und die Anzahl der Waldbrände nimmt zu. 2018 verbrannten beispielsweise 1.664 Hektar Wald. Der höchste Wert der letzten Jahre. Wir haben einen Klimaplan, der wichtige Schritte für den Umweltschutz festlegt.

Zu guter Letzt haben wir einen Arbeits- und Fachkräftemangel. Für Unternehmen ist es inzwischen die größte Hürde, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Durch den demografischen Wandel wird dies noch verschärft.

Wie stellst du dir Brandenburgs Zukunft vor und was möchtest du in der nächsten Landesregierung bewegen?

Für Brandenburg wünsche ich mir eine starke und zukunftsfähige Gemeinschaft, die wieder mehr Verantwortung vor Ort wahrnimmt. Mir ist es deshalb wichtig, das Programm „Pflege vor Ort“ als Teil des Pakts für Pflege fortzusetzen und auszubauen, Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen und den dafür gerade beschlossenen Landesaktionsplan konsequent umzusetzen. Auch Hitzeaktionsplan und Hebammenaktionsplan können nur gemeinsam ein Erfolg werden. Eine Politik mit den Menschen für die Menschen in Brandenburg.

Ein wichtiger Baustein sind die Familienzentren: Für Familien, die es schwer haben, müssen wir die vielfältigen, niedrigschwelligen Angebote ausbauen und weiterentwickeln. Auch ausreichend Kitaplätze mit langen Öffnungszeiten sind notwendig, um den Bedürfnissen der Familien gerecht zu werden. Unsere Schulen sollen Kinder stärken. Dazu gehören mehr Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams, um die Lernbedingungen zu optimieren. Schon in den Schulen sollen Kinder und Jugendliche demokratische Prinzipien kennenlernen. Die verschiedenen Arten von Diskriminierung und Ausgrenzung sollen sie erkennen können und sich damit auseinandersetzen.

Was sind deiner Meinung nach die großen Herausforderungen in der Senior*innenpolitik?

Ein wesentliches Merkmal unserer Politik ist, dass wir nicht nur über die Anliegen älterer Menschen sprechen, sondern mit ihnen. Seit 2007 erstellen wir Seniorenpolitische Leitlinien unter aktiver Beteiligung der Senior*innen. Diese Leitlinien wurden weiterentwickelt und das Ergebnis erst kürzlich vorgestellt. Große Herausforderungen sind u.a. die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche, Pflege, Armut und Einsamkeit.

Durch die gemeinsame Weiterentwicklung der Seniorenpolitischen Leitlinien wissen wir, dass die Seniorenpolitik in Brandenburg in vielen Bereichen, zum Beispiel bei altersgerechten Wohnungen und alternativen Wohnformen angepasst werden muss. Viele ältere Menschen möchten im Alter und bei Pflegebedarf möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für ein eigenständiges und vielfältiges Leben im Alter verbessern.

Pflege vor Ort ist unsere Antwort auf den steigenden Pflegebedarf. Wir müssen präventive Maßnahmen ergreifen und eine nachhaltige Pflegeplanung sicherstellen. Durch die Unterstützung der pflegenden Angehörigen im eigenen Zuhause entlasten wir gleichzeitig das Pflegesystem mit dem Mangel an Pflegekräften.

Um diesen Weg für Brandenburg zu gehen, braucht es vor Ort engagierte Menschen, die haupt- und ehrenamtlich anpacken. Ehrenamtliche müssen wertgeschätzt und gestärkt werden u.a. durch Hauptamtliche an ihrer Seite, die unterstützen und gemeinsam Lösungen finden. Mit den geburtenstarken Jahrgängen, die in den Ruhestand treten, haben wir die Möglichkeit, neue ehrenamtlich Engagierte zu gewinnen. Sie können Senior*innen, Frauen und Migrant*innen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Indem wir aufeinander achten, können wir auch Einsamkeit in jedem Alter vorbeugen.

Du bist Staatssekretärin im Familien- und Senior*innenministerium. Was konntet ihr bereits für Brandenburgs Senior*innen erreichen?

Besonders stolz bin ich auf unsere Erfolge im Bereich der häuslichen Pflege. In Brandenburg werden knapp 87 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen zuhause gepflegt, mehr als irgendwo sonst in der Bundesrepublik. Das ermöglicht den Betroffenen, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben und entlastet gleichzeitig ihre Familien und das professionelle Pflegesystem. Mit dem „Pakt für Pflege“ arbeiten wir präventiv, um einen eventuellen Pflegebedarf hinauszuzögern und möglichst lange fit und mobil zu sein. Das Förderprogramm „Pflege vor Ort“ unterstützt Kommunen jährlich mit 7,3 Millionen Euro für alltagsunterstützende Angebote, Nachbarschaftshilfe und Pflegekurse. Zusätzlich erhalten Landkreise und kreisfreie Städte jeweils 150.000 Euro jährlich für die Pflegeversorgung und den Ausbau von Kurzzeit- und Tagespflege.



Ein weiteres wichtiges Element ist das Investitionsprogramm von fünf Millionen Euro pro Jahr für Kurzzeit- und Tagespflege. Wir fördern auch die Pflegestützpunkte mit zwei Millionen Euro jährlich, um die Pflegeberatung und Koordination der Hilfsangebote zu stärken. Zur Sicherung der Fachkräfte haben wir eine generalistische Pflegefachassistentenausbildung entwickelt und bauen die akademische Ausbildung in Zusammenarbeit mit der BTU Cottbus-Senftenberg aus.

Trotz der schwierigen Finanzlage durch die Corona-Pandemie haben wir 2021 insgesamt 22 Millionen Euro im Landeshaushalt bereitgestellt. Und auch für die Jahre 2022 bis 2024 stehen wieder jährlich rund 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Erfolgreiche Projekte wie der "Seniorenbus" in Premnitz und "Kümmern im Verbund" von vier Gemeinden im Süden Berlins zeigen kreative Ansätze, um die Lebensqualität der Senior*innen zu verbessern. Die Familienzentren mit ihren vielfältigen Beratungen und Projekten liegen mir besonders am Herzen, da sie konkrete Verbesserungen für die Lebenssituation der Menschen in Brandenburg bedeuten.

Autoren: GRÜNE Thüringen

Thüringen ist unser Zuhause. Hier fühlen wir uns wohl und hier sichern wir das, was uns wichtig ist, auch für kommende Generationen. Thüringen ist ein tolles Bundesland. In Thüringen kannst du dich an einem Tag in unglaublicher Natur bewegen und danach in malerischen Städten vielfältigste Kultur erleben. Am nächsten Tag kannst du einen „Großstadt-Ausflug“ machen und danach im kleinen Dorf nebenan zum Dorrfest fahren. Thüringen ist vielfältig und hat unglaublich viel zu bieten.

Hier leben ungefähr 2,1 Millionen Menschen. Thüringen ist jedoch stark vom demografischen Umbruch betroffen, sodass es leider immer weniger statt mehr Thüringer*innen gibt und in Zukunft geben wird. Mit einem Durchschnittsalter von 47,5 Jahren im Jahr 2021 gehört Thüringen bereits zu den ältesten Bundesländern Deutschlands. Wir erleben die Ausläufer dieses demografischen Umbruchs im Alltag bereits deutlich als Fach- und Arbeitskräftemangel. Gerade in ländlichen Räumen ist die Gefahr groß, dass mit dem prognostizierten Rückgang der Bevölkerung auch die Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgebaut werden könnten. Da Thüringen bis auf einige Städte sehr ländlich geprägt ist, spielen die Herausforderungen in Kleinstädten und Dörfern für uns eine besondere Rolle.

Unsere Spitzenkandidaten für Thüringen

Madeleine Henfling, Parlamentarische Geschäftsführerin und Vizepräsidentin im Thüringer Landtag, Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur, Medien, Netzpolitik und Datenschutz.

Bernhard Stengele: Thüringer Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz.



Schwerpunktt Themen für die Landtagswahl in Thüringen am 1. September sind daher die Bekämpfung der Klimakrise und ein klimaneutrales Thüringen bis 2040, die Stärkung, das Leben und die Verteidigung unserer Demokratie und sozial gerechte Bildung, die allen Kindern die gleichen Chancen eröffnet. Dabei denken wir die Bedürfnisse und Wünsche von älteren Menschen nicht nur mit, sondern benennen sie konkret in unserem Wahlprogramm.

„Wir setzen uns für ein klimaneutrales, gerechtes und zukunftsfestes Thüringen ein.“

Unsere Kernforderungen für ein Thüringen, das attraktiv für alle Generationen ist:

Mehr Selbstbestimmung für ältere Menschen

Jeder Mensch hat das Recht auf Selbstbestimmung - unabhängig vom Alter. Gerade für ältere Menschen gibt es aber noch zu viele Hürden, um bis ins hohe Alter selbstbestimmt leben zu können. Wir wollen Thüringen daher zu einem altersfreundlichen Bundesland machen. Dafür brauchen wir mehr barrierearme Wohnungen mit Aufzügen, ein gut ausgebautes Netz von Bus- und Zugangeboten, flächendeckende medizinische Versorgung und gut erreichbare Angebote des täglichen Bedarfs. Um den Alltag gut meistern zu können, braucht es außerdem einen Ausbau von Unterstützungsangeboten im Alltag, die Menschen in ihren eigenen vier Wänden unterstützen.

Ländliche Räume stärken

Rund 90 Prozent der Landesfläche Thüringens gehören zum ländlichen Raum. Die Nähe zur Natur, die Nachbarschaftlichkeit, der Zusammenhalt und die Ruhe machen unsere Kleinstädte und Dörfer zu lebenswerten Orten. Doch das bleibt nicht ohne Herausforderungen, denn viele Orte haben mit einem starken Rückgang der Bevölkerung und der örtlichen Infrastruktur zu kämpfen. Das wollen wir angehen und ländliche Räume gezielt stärken.

Sichere Mobilität für alle

Jeder Mensch muss mobil sein können. Gerade Menschen ohne Auto sind heutzutage vielerorts abgeschnitten, vor allem ältere Menschen betrifft dies häufiger. Das wollen wir nicht hinnehmen. Wir priorisieren daher den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und verbessern die Barrierefreiheit von Bussen und Zügen. Mit unserer Mobilitätsgarantie wird jeder Ort in Thüringen mit Bus, Bahn und Rufbus zwischen 5 und 22.30 Uhr einmal in der Stunde erreichbar. Zusätzlich machen wir uns für genügend breite und sichere Fuß- und Radwege stark. So haben alle eine echte Wahl, wie sie mobil sein wollen.

Flächendeckende Gesundheitsversorgung

Gesundheit ist ein hohes Gut. Alle Menschen sollen die Versorgung bekommen, die sie brauchen. Daher setzen wir auch in Zukunft auf flächendeckende medizinische Versorgung in Kombination mit einer klugen Bündelung bei hoch spezialisierten Leistungen. Das bedeutet: über regionale Versorgungszentren, Telemedizin und die Förderung von Niederlassungen soll die medizinische Grundversorgung gestärkt werden.

Community Health Nurses ähnlich der Gemeindegewestern aus früheren Zeiten kümmern sich zusätzlich um gute Betreuung vor Ort. Für hoch spezialisierte Eingriffe gibt es dann einen klugen Krankenhausplan, der Ressourcen bündelt und eine hohe Qualität sichert. Um den steigenden Bedarf an Angeboten der Pflege zu decken, braucht es zudem ein Pflegefördergesetz, verbindliche Pflegeplanungen in den Kommunen und bessere Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in der Pflege.

----->
Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

Orte und Städte lebendig halten

Immer mehr Innenstädte leiden unter großem Leerstand. Deshalb müssen unsere Stadt- und Ortskerne neu gedacht werden, um sie wieder mit mehr Leben zu füllen. Das können wir nur erreichen, indem wir Begegnungsräume schaffen, wie zum Beispiel Dorfgemeinschaftshäuser, in denen Einkaufsläden, Dienstleistungen und Vereinsraum gemeinsam angesiedelt sind. Auch die Bewahrung und Weiterentwicklung eines reichen kulturellen Lebens für alle Generationen durch eine gezielte Unterstützung der Vereinsarbeit und der Kulturszene können zu belebten Innenstädten beitragen.

Klima-, Natur- und Umweltschutz

Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sind Kernpunkte unserer BÜNDNIS 90/GRÜNEN DNA. Deshalb wollen wir bis 2035 eine hundertprozentige erneuerbare Stromversorgung und bis 2040 klimaneutral werden. Außerdem setzen wir uns für einen Klimacheck aller Gesetzesvorhaben und Haushaltsentscheidungen ein und wollen klimaschädliche Ausgaben abbauen.

Unser Freistaat ist nicht nur Heimat von uns Menschen, sondern auch von über zwei Dritteln der in Deutschland vorkommenden Tier- und Pflanzenarten – und das auf nur 4,5 Prozent der Fläche der Bundesrepublik. Damit dies so bleibt, setzen wir uns für den Erhalt und die Ausweisung der bestehenden Schutzgebiete und für die Initiierung neuer Naturschutzprojekte ein.

Hitzeschutz

Die Klimakrise belastet nicht nur den Planeten, sondern auch uns Menschen. Mehr Hitzetage, heißere Sommer und weniger Niederschläge stellen gerade für ältere Menschen und Pflegebedürftige ein Gesundheitsproblem da. Deshalb wollen wir unsere Städte und gesellschaftliche Infrastruktur flächendeckend fit für Hitzeschutz machen. Das machen wir mit Vorkehrungen für baulichen Hitzeschutz, Fassadenbegrünung oder durch die Förderung öffentlicher Trinkbrunnen.

Altersarmut

Wer von Armut betroffen ist, kann kein selbstbestimmtes Leben führen. Doch gerade im Alter trifft es immer mehr Menschen. Deshalb wollen wir Altersarmut bekämpfen und dadurch die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft abbauen. Der beste Schutz gegen Armut ist die Sicherung guter (Mindest-)Löhne. Daher machen wir uns für eine höhere Tarifbindung und mehr Jobs mit guten Löhnen in Thüringen stark. Wir setzen außerdem auf die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum, durch die deutliche Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die Förderung von bezahlbarem Wohnen.

Bildung

Wir wollen unseren Kindern die bestmöglichen Chancen bieten, die notwendigen Fähigkeiten zu erwerben, um die Zukunft unserer Welt verantwortungsbewusst in die Hand zu nehmen. Ihre individuellen Begabungen und Fähigkeiten müssen gefördert werden und ihre Herkunft darf nicht ihren möglichen Erfolg bestimmen. In diesem Zusammenhang haben wir in den letzten Jahren der Rot-Rot-Grünen Koalition das Bildungssystem in Thüringen sozial gerechter gestaltet und bessere Personalschlüssel in Kindergärten eingeführt. Daran wollen wir anknüpfen und die Qualität sowie die Personalschlüssel in Kindergärten und Schulen weiter verbessern. Darüber hinaus setzen wir auf mehr Gemeinschaftsschulen, eine Reform des Lehramtsstudiums und sogenannte multiprofessionelle Teams. Diese bestehen aus Fachkräften unterschiedlicher Disziplinen, die gemeinsam pädagogische sowie nicht-pädagogische Aufgaben übernehmen, um die bestmögliche Unterstützung für die Kinder zu gewährleisten.



Menschenwürdige Migration und Integration

Offenheit und Vielfalt sind eine Bereicherung für unser Land. Wir verteidigen das Recht auf Asyl und setzen uns für umfassende gesellschaftliche Teilhabe und einen Umgang mit den hier lebenden geflüchteten Menschen ein, der ihre Menschenwürde achtet. Das bedeutet eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in dezentralen Wohnungen und ein bedarfsgerechter Ausbau von Kapazitäten in der Erstaufnahme. Hinzu kommt der bessere Zugang zu Beratung, Bildung und Teilhabe am Arbeitsmarkt von Beginn an, um Fachkräfteeinwanderung zu ermöglichen und eine Willkommenskultur in den Behörden zu etablieren.

Stärkung des Ehrenamts

Ehrenamt hält unser Land zusammen! Mehr als 41 Prozent der Menschen in Thüringen engagieren sich ehrenamtlich! Ob bei der freiwilligen Feuerwehr, im Sportverein, im Tierschutz oder im Kindergarten: in vielen gesellschaftlichen Bereichen ist diese Form des bürgerschaftlichen Engagements unverzichtbar. In manchen Bereichen jedoch wird es immer schwieriger, Ehrenamtliche zu finden. Deshalb wollen wir auf Landesebene eine Ehrenamtsstrategie erarbeiten und umsetzen, um finanzielle Mittel der Ehrenamtsstiftung aufzustocken sowie mehr Unterstützungs- und Beratungsangebote für Vereine und Initiativen bei Buchhaltung und Bürokratie durchzusetzen.

Autoren: GRÜNE Sachsen

Die Kernthemen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen für die Landtagswahl am 1. September bleiben klar und verlässlich: konsequenter Klima- und Naturschutz, eine starke Demokratie, eine stabile Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit, insbesondere Bildungsgerechtigkeit.

Seit unserer Regierungsbeteiligung in Sachsen stellen wir erstmals in unserer Geschichte zwei Minister*innen. Wir sächsischen Bündnisgrünen haben auch so viele Abgeordnete wie nie: zwölf im Sächsischen Landtag, vier Bundestagsabgeordnete und mit Anna Cavazzini eine Abgeordnete im Europäischen Parlament.

Die Herausforderungen im Freistaat Sachsen sind nach wie vor groß: Sie reichen von der ambitionierten Gestaltung der Energiewende und dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen über einen gelingenden Strukturwandel gemeinsam mit den Menschen in den Regionen, bis hin zur Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaft, um unsere Demokratie stark aufzustellen und gegen ihre Feinde zu verteidigen.

Für eine gute Zukunft in Sachsen braucht es Entschlossenheit und Zuversicht, Mut und Zutrauen: Entschlossenheit bei der Lösung von Problemen. Zuversicht, dass wir eine lebenswerte Zukunft für uns, unsere Kinder und Enkel, erhalten und gestalten können. Mut, dabei auch Wege zu gehen, die zunächst unbequem scheinen, aber schon bald erfolgreich sind. Und Zutrauen in die Menschen in Sachsen, dass wir gemeinsam die großen vor uns liegenden Aufgaben bewältigen können.

„Wir stehen für ein nachhaltiges, modernes und gerechtes Sachsen, in dem die Zuversicht regiert.“

Nur eine Regierung, die entschlossen, mutig und zuversichtlich handelt und den Menschen in Sachsen etwas zutraut, kann auf das Vertrauen der Bürger*innen in eine lebenswerte Zukunft bauen. Während andere politische Kräfte in Sachsen Stabilität mit Starre verwechseln, setzen wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beweglichkeit und vorausschauende Anpassung an die sich rasant verändernden Bedingungen. Unsere Grundsätze bleiben dabei klar und verlässlich: Freiheit, Nachhaltigkeit, Solidarität und Humanität. Uns bewegen diese Werte, weil sie die Voraussetzung für Zusammenhalt in der Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und klimagerechten Wohlstand sind – und weil sie die Werte sind, auf deren Fundament wir gemeinsam eine gute Zukunft aufbauen können.

Unser Spitzenteam zur Landtagswahl: Katja Meier - Wolfram Günther - Franziska Schubert



KATJA MEIER
Sächsische Staatsministerin der
Justiz und für Demokratie, Europa
und Gleichstellung

„Herz auf. Angst raus.“ ist eine der entscheidenden Botschaften, mit der wir Sachsen zum besseren verändern wollen. Während andere erneut Grenzen des Sagbaren verschieben wollen, arbeiten wir mit Haltung, Mut und Gestaltungswillen für ein anderes Sachsen.“

Für mehr Demokratie und Transparenz

Politik soll nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern muss mit ihnen gestaltet werden. Wenn man die Menschen mit ihren Vorstellungen für unsere Gesellschaft wirklich ernst nimmt, muss man ihnen die Möglichkeit geben, diese verwirklichen zu können. Wir GRÜNE stehen dafür ein, dass die Bürger*innen sich wirksam einbringen können, statt nur von oben in politischen Gnadenakten gelegentlich nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Engagement braucht Transparenz. Wer nicht weiß, was der Staat und seine Verwaltung eigentlich vorhaben, kann dem auch nicht mit eigenen Ideen begegnen. Deshalb braucht es eine neue politische Kultur in Sachsen, sowie einen Aufbruch zu mehr Transparenz des Staates.

----->
Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite



**WOLFRAM
GÜNTHER**
Sächsischer
Staatsminister für
Energie,
Klimaschutz,
Umwelt und
Landwirtschaft und
stellvertretender
Ministerpräsident

*„Lassen Sie uns Sachsen zu einem
echten FREIstaat machen!
Wir stehen für Menschlichkeit, Weltoffenheit,
Vielfalt und Demokratie.“*

Für starke und transparent arbeitende Parlamente

Starke und selbstbewusste Parlamente sind das Herzstück unserer Demokratie. Damit sie so auftreten und Probleme lösen können, dürfen sie weder gefühlt noch tatsächlich ein verlängerter Arm von Regierung oder Verwaltung sein. Deshalb wollen wir die Rechte des Landtags und der Kommunalvertretungen stärken.

Die bestmögliche Verwaltung für einen gut funktionierenden Freistaat

Eine leistungsstarke und am Wohle der Menschen orientierte Verwaltung ist ein Kernelement unseres demokratischen Rechtsstaates. Die Verwaltung eines Landes ist nichts Abstraktes, sie wird durch die Menschen geprägt, die ihr jeden Tag ein Gesicht geben. Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter*innen sind ein großes Pfund für eine moderne bürger*innennahe Verwaltung.



**FRANZISKA
SCHUBERT**
Landtagsabgeordnete,
Fraktionsvorsitzende
Haushalts- und
Finanzpolitik,
Kommunalpolitik,
Religionspolitik

*„Der ländliche Raum, insbesondere meine Heimat,
die Oberlausitz, ist meine Passion – hier gestalte ich aktiv Zukunft mit.
Für mich stehen Menschen, Räume und Zukunft
im engen Zusammenhang.“*

Weltoffenes Sachsen in Europa

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Verwirklichung der europäischen Idee – für Frieden, Freiheit und Solidarität. Wir sehen Sachsens Aufgabe darin, in den kommenden Jahren einen Beitrag für ein stärkeres, demokratischeres und solidarischeres Europa zu leisten. Dafür werden wir auch im Sächsischen Landtag kämpfen. Sachsens geografische Lage begreifen wir als eine große Chance und wollen die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern verbessern. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu unseren europäischen Nachbarländern lehnen wir als Angriff auf die Werte Europas ab. Ein Hofieren rechtspopulistischer Kräfte kommt für uns nicht in Frage. Sachsens gute Kontakte nach Ostmitteleuropa dürfen nicht dazu führen, dass Grundrechtsverstöße beispielsweise in Ungarn als scheinbare Normalität akzeptiert werden. Wir GRÜNE sehen vielmehr den zivilgesellschaftlichen Austausch als wichtigste Grundlage für eine gute Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern.

Autoren: Heike und Stephanus aus dem Erzgebirge

Die ALTEN GRÜNEN...in Sachsen

Na ja - mag die Überschrift stimmen – aber alt fühlen wir uns auch mit über 60 Jahren nicht.

Und eigentlich sind wir auch erst „junge“ GRÜNE. Denn Parteimitglieder sind wir seit etwas über einem Jahr. GRÜNE Themen und Politik haben uns aber schon lange begleitet. Überzeugt hat uns Robert Habeck mit seinen besonnenen Entscheidungen im Rahmen der Energiekrise nach Beginn des Ukrainekrieges, eben nicht auf den von uns GRÜNEN gewollten Klimazielen und den dazu notwendigen Veränderungen, z.B. Ausstieg aus der Kohle, zu dieser Zeit zu beharren. Keine der anderen demokratischen Parteien der Regierungskoalition ist von ihrer Politik abgewichen....



Wir sind sozusagen „Protest“-GRÜNE !!! (smile)

Was bewegt uns, was treibt uns um...in Sachsen. Wir sind beide nicht in Sachsen geboren und aufgewachsen, aber unser wunderschönes Städtchen im Erzgebirge ist seit über 25 Jahren unsere Wahl-Heimat. Der eine „Wessi“, der andere „Ossi“ haben wir uns im Erzgebirge gemeinsam unser zu Hause eingerichtet. Natürlich wurden wir erstmal mit Skepsis betrachtet, aber wenn man die zarte „Nusschale“ der Erzgebirger geknackt hat, dann ist man Freund, guter Nachbar, Vertrauter, Ratgeber...

Und nun diese Wahlergebnisse in Sachsen und den anderen Bundesländern im Osten Deutschlands.

Warum diese politische „Spaltung“ - wieder eine innerdeutsche Grenze schaut man auf die Wahlkarte der Bundesrepublik. Wir wollen jetzt keine Analyse der Gründe betreiben, Fehler sind gemacht worden punkt. Jetzt gilt es im Dialog zu bleiben auch mit den AfD-, BSW- und Freie Sachsen-Wählern, mit dem Nachbarn, Freund. Vielleicht müssen auch wir etwas geduldiger werden mit unseren grünen Forderungen, wir müssen die Menschen mitnehmen, nicht jeder kann sich eine Solaranlage leisten. Aber viele kleine Veränderungen z.B. beim Einkaufen, im Haushalt, im Alltag sind möglich und fördern klimafreundliche Ziele. Fortschritt bedeutet Veränderung, bedeutet Gewohntes zu „verlieren“, sich auf Neues einlassen und bedeutet bei manchem auch Angst.

Wenn wir durch unser erzgebirgisches Städtchen laufen, sehen wir trotzdem schon viele Solaranlagen auf den Dächern, das Stadtbad wird mit einer Solaranlage betrieben, es gibt Ladesäulen für E-Autos, Biomärkte, bienenfreundliche Blühwiesen... Natürlich gibt es noch viel zu tun, deshalb ist der weitere Dialog auf Augenhöhe unverzichtbar. Wir dürfen keine Feindbilder schaffen und uns an diesen abarbeiten. Wir müssen an unsere Visionen glauben und diese einfach und verständlich erklären, zeigen für was es sich lohnt Müll zu vermeiden, das Fahrrad zu nutzen, Gemüse in der Gärtnerei zu kaufen und und und...

Die kleinen Veränderungen bewusster zu erleben und zu vermitteln ohne den Zeigefinger zu strecken ist unsere gemeinsame Aufgabe und Botschaft.

Autoren: Graue GRÜNE Saar



Im November 2023 wurde bei den Grauen GRÜNEN Saar, ein neues Vorstandsteam gewählt: Die neue Vorsitzende ist Barbara Klein-Braun, Vorsitzender Hubert Jung und Schriftführer Philipp Julien, Karin Leinenbach und Dr. Pierre Foss sind Beisitzer.

Die Grauen GRÜNEN vertreten die vielfältigen Interessen der Generation 60 plus, sie sind zwar ein selbstständig agierendes Gremium, treten aber für die Ziele von Bündnis 90/Die Grünen ein und arbeiten mit dem saarländischen Landesverband zusammen. Alle neu gewählten Vorstandsmitglieder bringen eine breite Vielfalt an Erfahrungen und Fachkenntnissen aus Kommunalpolitik, Wirtschaft sowie ihrem sozialen und beruflichen Umfeld mit, die helfen werden, die Ziele der Grauen GRÜNEN Saar erfolgreich zu vertreten.

Seit November ist einiges passiert:

- Eine neue Satzung wurde erarbeitet und verabschiedet
- Mit dem Landesverband wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen und ein Budget wurde beantragt
- Gemäß dem ausdrücklichen Wunsch aller Mitglieder wurde die Aufnahme der Vereinigung in den Bundesverband GRÜNE ALTE beantragt. Inzwischen wurde unserem Antrag stattgegeben und so tragen wir den erweiterten Namen: „Graue GRÜNE Saar, Mitglied im Bundesverband GRÜNE ALTE“

Unsere nächsten Schritte:

- Wir wollen uns im Kommunalwahlkampf mit unseren altersspezifischen Themen einbringen. Dazu präsentieren wir uns mit einem Stand auf dem kommenden Parteitag/Parteirat
- Wir organisieren eine Lesung mit Bärbel Höhn zu ihrem Buch: „Lasst uns was bewegen.“

Das neue Vorstandsteam freut sich auf eine konstruktive und ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit dem grünen saarländischen Landesverband und dem Bundesverband GRÜNE ALTE.



Hitzeschutzpläne für alle Kommunen!

„Autorin: Evelyn Thies, delegiertes Mitglied im GRÜNEN Diversitätsrat

2023 war das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen – auch im eher kühlen Ulm gab es Tage mit Temperaturen weit über 30 Grad. So am Montag, dem 21. August 2023, als kurz vor 12 Uhr das Thermometer vor dem Ulmer Münster auf 38 Grad kletterte.



Betroffen sind vor allem Gebiete im Südwesten (Freiburg, Oberrheingraben), aber auch Teile Mittel- und Ostdeutschlands. Bis zum Ende des 21. Jahrhunderts wird für Deutschland mit bis zu 40 Hitzetagen (über 30 Grad) pro Jahr gerechnet. Zudem wird die Dauer von Hitzewellen zunehmen, betroffen sind insbesondere Städte. In dicht bebauten Gebieten mit wenig Grün („urbane Wärmeinseln“) sind die Temperaturen mehrere Grad höher als im Umland, und die nächtliche Abkühlung fällt geringer aus. Nicht nur wir Menschen leiden unter dem stetigen Anstieg der Lufttemperatur, auch Tiere und Pflanzen nehmen Schaden. Hitze und lange Trockenperioden haben schon jetzt zu massiven Schäden in Wäldern und Gemüseanbau geführt.

Gesundheitliche Gefahren

Hitzeepisoden im Rahmen des Klimawandels bergen ein hohes gesundheitliches Risiko - auch für die Menschen in Deutschland. Wissenschaftliche Studien zeigen den Zusammenhang zwischen hohen Außentemperaturen und Übersterblichkeit in deutschen Städten und Regionen. Dabei ist das Sterberisiko für ältere Menschen besonders hoch durch akute Verschlechterung vorbestehender Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen. Etwa ein Drittel der hitzebedingten Sterbefälle in deutschen Großstädten lässt sich schon jetzt auf den menschengemachten Klimawandel zurückführen.

Bei anhaltender Hitze steigen auch die Werte für Feinstaub und bodennahes Ozon, was wiederum die Atemwege belastet. Die Zahl der zusätzlichen hitzebedingten Sterbefälle in Berlin allein für das Jahr 2022 gibt das Amt für Statistik mit 416 an. Besonders gefährdet neben älteren und pflegebedürftigen Menschen: Schwangere, psychisch Erkrankte, obdachlose Menschen, Kleinkinder, Sporttreibende und im Außenbereich Arbeitende. Schon jetzt ist an Hitzetagen zu beobachten, dass die Notaufnahmen an ihre Grenzen kommen.

Als Sofortmaßnahmen kommen schnell wirksame Warn- und Schutzkonzepte in Kommunen infrage.

Kurzfristige und langfristige Maßnahmen zum Schutz vor Hitze

Kurzfristig: Hitzeaktionspläne: Städte wie Mannheim oder Köln haben schon begonnen, sich besser auf Hitzeereignisse vorzubereiten. Ziel von Hitzeschutzplänen ist es, negativen gesundheitlichen Folgen von Hitze durch präventive Maßnahmen und Informationsangebote vorzubeugen. Die Gesundheitsminister*innen der Länder sprachen sich für die Erstellung von kommunalen Hitzeschutzplänen bis zum Jahr 2025 aus. Möglich sind z. B. Hitzewarnungen an den Anzeigentafeln vom Bus- und Bahnhaltestellen, Nachrichten in Radio, Fernsehen und online, Warn-Apps im Smartphone. Einzelne Kommunen haben ein „Hitzetelefon“ und „Hitzeportal“ (Leipzig) eingeführt, ein „Hitze-Handbuch“ (Dresden), oder eine „Karte der kühlen Orte“ (Potsdam) erstellt. Ausführliche Hitzeaktionspläne der Länder gibt es in Brandenburg und Hessen.

Langfristig: Klimaanpassungsmaßnahmen

Die Stadtplanung muss umdenken und sich den Risiken des Klimawandels stellen. Statt lebensfeindlichen Steinwüsten sind bewachsene Hausfassaden, Grünflächen, schattenspendende Bäume und Segel und Wasserflächen gefragt. So ist Kopenhagen als „Schwammstadt“ konzipiert und trotz damit Hitzewellen und Trockenheit. Wenn auch unsere Städte kühler werden sollen, braucht es Alleebäume und ungepflasterte Plätze, Insekten und Vögel, Kletterpflanzen, bewachsene Häuser, breite Frischluftschneisen. Die Kommunen



müssen hierfür den Autoverkehr zurückdrängen und Parkplätze umwidmen, was sicher nicht ohne Streit mit Interessengruppen gelingen wird.

Derartige Klimaschutzmaßnahmen fördern die aktive Fortbewegung zu Fuß oder mit dem Rad und erhöhen damit Gesundheit und Aufenthaltsqualität in der Stadt. Die Bepflanzung kühlt und bietet Raum für Insekten oder Vögel, zum Nutzen von Menschen und Natur.

Forderungen an die Politik: Hitzeschutz muss baldmöglichst bundesweit gesetzlich verankert werden. Dabei sollten auch Gesundheitsberufe beteiligt werden.

1. Diversitätsrat 2024 vom 19. – 20.04. in Berlin

Autorin: Evelyn Thies, delegiertes Mitglied im GRÜNEN Diversitätsrat

Beim ersten Treffen des Diversitätsrats der Grünen in diesem Jahr waren diesmal von den GRÜNEN ALTEN unsere Bundesvorsitzende Christa Markl-Vieto und Evelyn Thies, unsere Delegierte für den Diversitätsrat dabei. Wie schön, dass diesmal auch die GRÜNEN ALTEN bzw. Altenpolitik ein Thema war.

Einer der Tagesordnungspunkte war die „Handlungsempfehlungen Vielfaltsumfrage 2023“. In der Vielfaltserhebung 2023 wurde die Zusammensetzung von 3.709 (Rücklaufquote 40%) GRÜNEN Amts- und Mandatsträger*innen auf europäischer, Bundes- und Landesebene sowie in den Kreisvorständen untersucht, um herauszufinden, bei welchen diskriminierten Gruppen Handlungsbedarf besteht.

Ein für uns wichtiges Ergebnis: Neben anderen Bevölkerungsgruppen sind auch Menschen über 60 Jahre bei Ämtern und Mandaten unterrepräsentiert, insbesondere auf Bundes- und Landesebene. Im Antrag des Bundesvorstands werden Maßnahmen benannt, die hier Veränderungen bewirken können. So soll 2024 gemeinsam mit den GRÜNEN ALTEN diskutiert werden, wie mehr ältere Menschen für Parteiämter auf Bundes- und Landesebene gewonnen werden können.

Auch ist geplant, dass die vielfaltspolitische Sprecherin des Bundesvorstands und stellvertretende Bundesvorsitzende Pegah Edalatian, enger mit den GRÜNEN ALTEN zusammenarbeiten wird, damit wichtige Themen der Altenpolitik stärker als bisher in unserer Partei thematisiert werden.



Evelyn und Christa haben sich beim Treffen des Diversitätsrats mit Pegah (Mitte) über die Zusammenarbeit des Bundesvorstands mit den GRÜNEN ALTEN verständigt

Zu diesem Antrag hatte Evelyn einen Änderungsantrag gestellt, unterstützt von Christa und Dirk, unseren Sprecher*innen. Zum einen ging es um die Mitarbeit von Vertreter*innen der GRÜNEN ALTEN an Partei- und Wahlprogrammen, zum anderen um Teilnahme am allgemeinen Teil der Sitzungen des Bundesvorstands der Gesamtpartei, zu der Grüne Jugend und andere in beratender Funktion ebenfalls dabei sind.

Evelyn schlug im Plenum vor, die Altenpolitik in unserer Partei zu intensivieren mit dem Ziel, das Leben in allen Generationen zu verbessern. Christa begründete unseren Antrag auf Teilnahme an Sitzungen damit, den Anliegen der älteren Generation so besser Rechnung tragen zu können, weil so ein Austausch in einem frühen Stadium der Planung stattfinden kann. Wir können und wollen unser Wissen und unsere Expertise als GRÜNE ALTE anbieten. Leider wurde unser Antrag abgelehnt mit der Begründung, nicht alle Gruppen könnten im Bundesvorstand vertreten sein. Zudem sei Pegah Edalatian Ansprechpartnerin im Bundesvorstand auch für altenpolitische Themen. Bei der Abstimmung gab es interessanterweise neben 16 Nein- auch 3 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen. Da ist noch durchaus „Luft nach oben“ in dem Thema, finden wir.

Positiv bleibt zu vermerken: Der Bundesvorstand GRÜNE ALTE wird regelmäßig Gespräche mit Pegah führen, inhaltliche Themenwünsche oder Vorschläge für Parteitage können so an Pegah gerichtet werden. Vom 13. bis 15.09.2024 finden in Berlin der 2. Diversitätsrat (Freitag) sowie der Vielfaltskongress statt (Samstag und Sonntag), in diesem Rahmen wird es wieder einen Themenschwerpunkt GRÜNE ALTE geben.

Treppenwitz:

Wer AfD wählt, schwächt die Parlamentsarbeit!

Nach der Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt konnten die Parteien 162 Sitze nicht besetzen. Drei Viertel der Leerstellen (120) entfallen auf die AfD.

Laut Kommunalwahlrecht bleiben diese Plätze bis zum Ablauf der Wahlperiode unbesetzt. Und damit wird die gesamte Kommunalarbeit massiv beeinträchtigt!

Quelle: ZEIT online - 8. Juli 2024

Werde Mitglied bei den GRÜNEN ALTEN

Nutze den untenstehenden QR-Code um deinen Beitritt zu den GRÜNEN ALTEN zu erklären oder geh dazu auf die Website: www.gruenealte.de



Auftaktveranstaltung zum Deutschen Seniorentag 2025

Autor: Uwe Petersen, Mitglied der Redaktion

Mannheim ist bereit für den 14. Deutschen Seniorentag, der vom 2.-4. April 2025 im „Congress Center Rosengarten“ stattfinden wird! Diesen Eindruck vermittelte die Auftaktveranstaltung der BAGSO am 11. Juni in den Mannheimer „Reiss-Engelhorn-Museen“, in der die Spitze der BAGSO, aber auch Mannheims Bürgermeister Thorsten Riehle rund 150 Besucher*innen vorstellten, was im nächsten Jahr geplant ist und wie sich verschiedene Gruppen rund um das Thema Senior*innen einbringen können.

Verena Fuchslocher und Uwe Petersen – die Sprecher*innen der LAG „GRÜNE ALTE Baden-Württemberg“ – waren für den „GRÜNE ALTE Bundesverband“ vor Ort. Unser Schatzmeister Detlef Meyer zu Heringdorf hat die Organisation für die GRÜNEN ALTEN in Händen. Dass wir „GRÜNE ALTE“ (GA) uns 2025 in Mannheim mit einem Infotisch und Vorträgen präsentieren werden ist ja klar! Denn wir sind schon lange Mitglied bei der BAGSO. In Mannheim trafen wir auch die BAGSO-Vorsitzende Dr. Regine Görner.

Die BAGSO (Bundes-Arbeits-Gemeinschaft der Senioren-Organisationen) besteht seit 1989 und umfasst derzeit rund 120 Mitgliederorganisationen aus Politik und Gesellschaft. Normalerweise richtet sie alle drei Jahre einen „Deutschen Seniorentag“ aus, doch der letzte (Herbst 2021 in Hannover) fiel in letzter Minute Corona zum Opfer und wurde digital abgehalten – ein schwacher Ersatz für die geplanten Aktionen!

„Wir sind stolz, diesen ersten Deutschen Seniorentag Baden-Württembergs in Mannheim ausrichten zu dürfen.“

Mannheimer Bürgermeister Thorsten Riehle

So sind die Erwartungen an den ersten Seniorentag nach 2018, der in Dortmund stattfand, besonders hoch. 15.000 Besucher waren damals gekommen. Das will Mannheim nach Möglichkeit toppen. Dabei rechnet man mit ungefähr je einem Drittel Besucher aus der Region, aus dem weiteren Umkreis und aus dem gesamten Bundesgebiet. „Wir sind stolz, diesen ersten Deutschen Seniorentag Baden-Württembergs in Mannheim ausrichten zu dürfen“, freute sich Riehle und zählte auf, was Mannheim im Bereich Senioren- und Quartierspolitik bereits auf die Beine stellt.

Die Geschäftsführer der BAGSO und der BAGSO-Service-Gesellschaft, Guido Klumpp und Barbara Keck, zeigten auf, was die Besucher erwartet und wie sich die Mitglieder-Organisationen einbringen können. Unter dem Motto „Worauf es ankommt“ sollen dabei die Begegnung der Menschen untereinander, Informationen zu allen Themenbereichen des täglichen Lebens sowie das aktive Ausprobieren im Fokus stehen. Anschließend diskutierten Andreas Schulze (BuMi für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und Martin Ruoff (Leiter „Quartiersentwicklung“ BaWü) mit Riehle über „Die Sicht von Stadt, Land und Bund“ auf die Altenpolitik.

„Der Deutsche Seniorentag ist Plattform für Austausch, Information und Vernetzung zu allen Themen rund ums Alter und Forum zur Diskussion von aktuellen Fragen der Seniorenarbeit und Seniorenpolitik.“



Verena Fuchslocher Sprecherin * - Dr. Regine Görner, BAGSO-Vorsitzende, - Uwe Petersen, Sprecher*
* LAG GRÜNE ALTE Baden-Württemberg



GRÜNE ALTE

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Tel. 030 28442-0

Fax 030 28442-210

www.gruenealte.de